

## **Antrag**

**der Abgeordneten Krzysztof Walczak, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,  
Olga Petersen, Marco Schulz und Thomas Reich (AfD)**

**Betr.: Kleinere und mittlere Einkommen per Bundesratsinitiative entlasten –  
Umsatzsteuer auf Lebensmittel abschaffen**

Die galoppierende Inflation ist nicht bloß eine Konsequenz des Ukrainekrieges und der infolgedessen beschlossenen Sanktionen und Gasstreitigkeiten mit der Russischen Föderation, sondern das unrühmliche Ergebnis einer nunmehr seit Jahren unverantwortlichen Währungs- und Wirtschaftspolitik. Die seit 2008 ununterbrochen andauernde Niedrig- und Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank, vor der die AfD seit geraumer Zeit warnt, ist hier genauso zu nennen wie die kontrollierte Sprengung von Teilen der Wirtschaft durch Lockdown-Maßnahmen sowie die infolge der Corona-Krise mit Steuergeldern geschnürten milliardenschweren Hilfspakete. Daneben stach Deutschland bereits lange vor dem Ukrainekrieg mit den nahezu höchsten Strompreisen weltweit hervor, was sich nicht zuletzt auf die falsche energiepolitische Entscheidung zurückführen lässt, aus Kohle- und Kernkraft auszusteigen und nicht wettbewerbsfähige erneuerbare Energien unverhältnismäßig stark zu subventionieren.

Ein Ende ist nicht in Sicht. Zwar hat die Bundesregierung versucht, mit Tankrabatt, 9-Euro-Ticket und Energiepreispauschale die Bürger zu entlasten und bereitet bereits ein zweites Entlastungspaket vor. Doch angesichts einer Inflation von 8 Prozent, einem befürchteten Anstieg von Gas- und Strompreisen um mehr als 100 Prozent und einer unsicheren Versorgungslage werden diese Maßnahmen nicht ausreichen, um vor allem Bürger mit kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten – wenn sie nicht ohnehin bereits wirkungslos verpufft sind. Die meisten Bürger blicken pessimistisch in die Zukunft und erwarten einen weiteren Anstieg der Inflation und einen Einbruch der Wirtschaft ([https://www.welt.de/newsticker/dpa\\_nt/infoline\\_nt/wirtschaft\\_nt/article240291609/EZB-Umfrage-Verbraucher-erwarten-hoehere-Inflation.html](https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/wirtschaft_nt/article240291609/EZB-Umfrage-Verbraucher-erwarten-hoehere-Inflation.html)).

Es bedarf daher zielgerichteter und wirksamer Maßnahmen, die vor allem Bürgern mit kleinen und mittleren Einkommen helfen. Obwohl laut Statistischem Bundesamt gerade Haushalte mit monatlichen Nettoeinkommen unter 1.300 Euro fast 10 Prozent ihres monatlichen Budgets für Energie ausgeben, hat die Bürgerschaft eine Initiative der AfD aus dem März, die Umsatzsteuer auf Strom für Privathaushalte abzuschaffen (Drs. 22/7679), abgelehnt. Auch „kleinere“ AfD-Initiativen zur Absenkung der Umsatzsteuer beispielsweise für Friseurdienstleistungen (Drs. 22/1297) oder für Babywindeln (Drs. 22/6863) wurden von der Bürgerschaft abgelehnt. Dabei sind Entlastungen in puncto Umsatzsteuer eine der wirksamsten Maßnahmen, um vor allem kleinere und mittlere Einkommen zu entlasten.

Einen stark regressiven Effekt für ärmere Haushalte hat die Umsatzsteuer aber auch im Hinblick auf die Lebensmittelpreise. Laut Statistischem Bundesamt wenden Privathaushalte durchschnittlich über 15 Prozent ihrer Ausgaben für Lebensmittel auf. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ([https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.573277.de/dp1706.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.573277.de/dp1706.pdf), Seite 10) kommt zu dem Schluss, dass eine Senkung des bestehenden ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Lebensmittel (und den ÖPNV) von 7 Prozent auf 5 Prozent die unteren 30 Prozent der Bevölkerung gemessen am Einkommen um über 1 Milliarde Euro entlasten würde.

Andere europäische Länder wie Polen haben für bestimmte Grundnahrungsmittel die Umsatzsteuer sogar ganz abgeschafft.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. sich über den Bundesrat für eine Abschaffung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel einzusetzen,
2. der Bürgerschaft bis zum 1. Dezember 2022 zu berichten.